

Der Weg zur Prosperität – ein europäisches Modell der sozialen und ökologischen Bändigung des Kapitalismus

Interview mit Stephan Schulmeister¹

spw: In Deinem Buch „Der Weg zur Prosperität“ unterscheidest Du zwischen einer realkapitalistischen und einer finanzkapitalistischen Spielanordnung, wobei es gelte, wieder zu einer realkapitalistischen Spielanordnung zurückzukehren. Was steckt theoretisch hinter diesen beiden Begriffen?

Stephan Schulmeister: Dahinter steckt zunächst einmal die Aufarbeitung des langen Zyklus der Nachkriegszeit. Nach einer ganzen Reihe von Kriterien war der Kapitalismus der 50er und 60er Jahre ganz anders aufgesetzt als in den letzten Jahrzehnten. Das gemeinsame Element in jener Zeit war, dass die Rahmen- und Anreizbedingungen das Profitstreben auf produktive Anlageformen gelenkt haben. Wir hatten feste Wechselkurse und stabile Rohstoffpreise, der Zinssatz – vielleicht der wichtigste Preis im Kapitalismus – lag permanent unter der wirtschaftlichen Wachstumsrate, die Aktienbörsen „schliefen“. Unter diesen Bedingungen war Vermögensvermehrung nur durch Aktivitäten auf den Finanzmärkten bereits im Keim erstickt. Wer Profit machen wollte, musste dies in der Realwirtschaft tun. Dieses Bestreben wurde durch die günstigen Finanzierungsbedingungen für Investitionen sehr erleichtert, auch waren die Unsicherheiten bezogen auf Wechselkurse und Rohstoffpreise sehr gering. In markantem Gegensatz dazu steht die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, in denen sich das Gewinnstreben stärker auf Finanztransaktionen verlagert hat. Zu welch grotesken Exzessen es dabei auf den Finanzmärkten kommen kann, zeigt insbesondere die jüngste Entwicklung, in der die Aktienkurse in der schwersten Krise der Realwirtschaft nach 1945 um 80 Prozent gestiegen sind und gleichzeitig fast sämtliche Rohstoffpreise boomten,

was realwirtschaftlich kaum zu erklären ist. Auf die Unterscheidung zwischen der real- und finanzkapitalistischen Spielanordnung bin ich übrigens im Rahmen meiner Beschäftigung mit dem Kapitalismus seit dem 15. Jahrhundert gestoßen. Dabei zeigt sich, dass die Dynamik des Kapitalismus immer durch Phasen geprägt war, in denen eine Macht durch technologischen Vorsprung zum kapitalistischen Hegemonen in der Realwirtschaft wird, dann aber versucht, seinen Reichtum durch Finanzinvestitionen zusätzlich zu vergrößern. Dabei finanzieren sie den Aufstieg ihres Nachfolgers als Hegemon der Realwirtschaft. Beispiele sind der Niedergang der holländischen Republiken und der Aufstieg Englands zwischen dem 17. und 18. Jahrhundert, die „Übernahme“ der Hegemonialposition durch die USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (nachdem sich London zum Weltfinanzzentrum entwickelt hatte) oder der Aufstieg des realkapitalistischen China gegenüber den zunehmend von der „Wall-Street-Kultur“ geprägten USA in den vergangenen Jahrzehnten.

spw: Wenn ich es richtig sehe, dann hat doch das Scheitern von Bretton Woods die Dominanz des Finanzmarktkapitalismus stark beflügelt.

S. S.: Ja, das ist ein wichtiger Punkt, dem aber ein langer Prozess der Vorbereitung vorausging. Es gab, das muss man leider sagen, kaum einen besseren Strategen als den österreichischen Ökonomen Friedrich Hayek, der nach seiner Niederlage in der Auseinandersetzung mit John Maynard Keynes über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise schon Ende der 30er Jahre sein großes Projekt konzipierte, die Verdrängung des Keynesianismus durch den Neoliberalismus (diesen Begriff prägten Hayek und seine Mitstreiter 1938). Dieses Projekt ging davon aus, dass die keynesianische Politik einschließlich der Politik der Sozialstaatlichkeit eines Tages in Schwierigkeiten geraten würde,

¹ Stephan Schulmeister ist Universitätslektor und selbständiger Wirtschaftsforscher, von 1972 bis 2012 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Er lebt in Wien. Das Interview führte Arno Brandt.

und darauf müsse man sich durch Entwicklung neoliberaler Konzepte vorbereiten, um sie dann für die Durchsetzung einer neoliberalen Gegenrevolution einzusetzen. Die 1947 gegründete Mont Pèlerin Gesellschaft war ein exklusives Netzwerk von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, vermögenden Finanziers und Journalisten, in dessen Rahmen die Gegenrevolution mit großer Beharrlichkeit in den 50er und 60er Jahren vorbereitet wurde. Die neoliberale „Generaloffensive“ setzte nicht zufällig im Jahr 1968 ein, auf dem Höhepunkt der Erfolge des Realkapitalismus mit Sozialstaatlichkeit, Vollbeschäftigung und Sozialpartnerschaft. Diese Erfolge hatten in den 60er Jahren die Gewerkschaften gestärkt, sie forderten Umverteilung und (mehr) Mitbestimmung, der Zeitgeist drehte auf links (1968!), insbesondere auch unter den Journalisten, und förderte den Aufstieg der Sozialdemokratie. Diese Entwicklungen bildeten den Nährboden für die neoliberale Gegenbewegung, die auch für diejenigen Kapitalisten immer attraktiver wurde, die vormals von den realkapitalistischen Rahmenbedingungen profitiert hatten. Denn sie wollten die zunehmende Machtposition der Gewerkschaften und der demokratischen Linken nicht hinnehmen. Der institutionelle Übergang zum Finanzkapitalismus setzte in der Tat mit der Freigabe der Wechselkurse 1971 ein und wurde danach in den Jahren 1980 vollzogen. Mit ihrer Forderung nach Aufgabe fester Wechselkurse hatten die neoliberalen Ökonomen selbst zu zwei massiven Dollarabwertungen und den nachfolgenden Ölpreisschocks samt Rezessionen beigetragen. Es gelang ihnen aber, den damit verbundenen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung als Ausdruck eines überbordenden Sozialstaates und zügelloser Gewerkschaften zu skandalisieren und damit einen Paradigmenwechsel auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herbeizuführen. Sichtbarster Ausdruck dieses Umschwungs waren die Wahlsiege von Margaret Thatcher im Jahr 1979 und Ronald Reagan im Jahr 1980, die die Gegenrevolution auch auf politischer Ebene vorantrieben. Mit Thatcher und Reagan kamen jene Kräfte an die Macht, die das neoliberale Programm exekutierten, nachdem es auf dem Experimentierfeld nach dem Putsch in Chile im Jahr 1973 getestet worden war.

spw: In den 70er Jahren gab es offensichtlich ein Momentum, in dem sich der neoliberale Paradigmenwechsel durchsetzen und der Übergang von der realkapitalistischen zur finanzkapitalistischen Spielanordnung eingeleitet werden konnte. Siehst Du heute ein vergleichbares Momentum, das eine Transformation von der finanzkapitalistischen zur realkapitalistischen Spielanordnung begünstigen könnte?

S. S.: Möglich ja, aber die Neoliberalen waren in den 50er und 60er Jahren viel besser aufgestellt als die Linke heute. Während die Neoliberalen seinerzeit in allen wichtigen Bereichen der Wirtschaftswissenschaften ihre Theorien entwickelt und verfeinert haben, hat es die Linke in den letzten Jahrzehnten nicht vermocht, ihre theoretischen Grundlagen weiterzuentwickeln. Hätte die Linke z.B. die keynesianische Makroökonomie weiterentwickelt, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der Finanzmärkte und so einen realistischen Gegenentwurf zur Makroökonomie der Neoliberalen geschaffen, dann stünden wir heute besser da. Es gibt zwar eine ganze Reihe von „anti-neoliberalen“ Ansätzen wie die Gemeinwohlökonomie, die Postwachstumstheorie oder Postkapitalismustheorie. Diese Konzepte taugen allerdings nicht als Grundlage für eine Gegenbewegung zur neoliberalen Hegemonie, vor allem deshalb nicht, weil man auf Bündnispartner angewiesen ist, insbesondere unter Unternehmern. Dazu braucht man ein wirtschaftspolitisches Konzept, mit dem man auch eine Vielzahl der kleineren Betriebe erreichen kann. So würde ein Gesamtkonzept zur ökologischen „Generalsanierung“ im Sinne eines „Green Deal“ die Realwirtschaft und damit viele Unternehmen (und ihre Beschäftigten) fördern und gleichzeitig die Umweltbedingungen verbessern. Voraussetzung dafür ist eine Antwort auf folgende Frage: Gibt es eine konkrete Erklärung für die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die in ihren Schlussfolgerungen auch für einen Großteil der Unternehmerschaft attraktiv ist und die gleichzeitig jene Elemente stärkt, mit denen Europa relative Vorteile hat? Im Unterschied zu den USA und England wäre das z.B. die größere Sozialstaatlichkeit, stärkeres Umweltbewusstsein und Sozialpartnerschaft.

Aber diese Elemente müssten in eine allgemeine Erzählung eingebettet sein, die zugleich für die Lufttheorie über den Stammtisch tauglich ist. Eine solche Erzählung fehlt aber, weil ganz in der Tradition der Linken, in fundamentalen Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit bzw. zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern gedacht wird. In meinem Ansatz gibt es „das“ Kapital in dieser Form gar nicht, stattdessen unterscheidet sich zwischen Realkapital und Finanzkapital. Viele Ökonomen können mit dieser Unterscheidung wenig anfangen, weil für sie das Finanzielle eigentlich nur das Abbild des Realen ist, also zwischen dem Finanzkapital und dem Realkapital keine prinzipiellen Unterschiede bestehen. Das stimmt schon deshalb nicht, weil Aktien auf Börsen bewertet werden und es dadurch durchaus möglich ist, dass sich der Wert des Aktienkapitals extrem von dem realwirtschaftlichen Wert des jeweiligen Unternehmens löst. In der Welt der Finanzmärkte bestehen Geschäfte gerade darin, aus Bewertungsveränderungen des sich verselbständigenden Finanzkapitals Profit zu schlagen. Vor allem bei Finanzderivaten ist dies offenkundig der Fall. Es braucht also ein theoretisches Konzept, das die Interessenskonflikte zwischen real- und finanzkapitalistischem Profitstreben erklärt und (dadurch) für große Teile der Unternehmerschaft attraktiv ist. In diesem Denkraum wird offensichtlich, dass der Neoliberalismus eine Theorie darstellt, welche die spezifischen Interessen des Finanzkapitals legitimiert, und eben nicht jene des Realkapitals bzw. der Unternehmer.

spw: Viele Unternehmen des realkapitalistischen Sektors, wie z.B. Volkswagen, sind ja nicht nur mit dem finanzkapitalistischen Sektor verbunden, weil sie sich als Aktiengesellschaft bewähren müssen, sondern weil sie selbst über finanzkapitalistische Institutionen, wie z.B. eigene Banken, verfügen. VW hat z.B. über lange Phasen mehr Profite durch seine finanzkapitalistischen Aktivitäten erwirtschaftet als durch die Produktion und Vermarktung von Automobilen. Diese Rollenverteilung zwischen Real- und Finanzkapitalisten kann ich vor diesem Hintergrund daher noch nicht ganz nachvollziehen.

S. S.: Da hast Du vollkommen recht. Theoretisch kann man ganz klar zwischen Real- und Finanzkapital unterscheiden, nicht aber zwischen Real- und Finanzkapitalisten. Innerhalb einer finanzkapitalistischen Spielanordnung werden die Anreize so gesetzt, dass immer mehr Akteure ihr Vermögen durch Finanzinvestitionen bzw. -spekulationen vermehren wollen. Während sich die Banken in der realkapitalistischen Spielanordnung auf die Finanzierung der Investitionen der Unternehmen konzentrieren, fokussiert sich ihr Geschäft in der finanzkapitalistischen Spielanordnung auf die unterschiedlichen Varianten des Spekulationsgeschäfts.

spw: Dein Argument war aber, dass es strategisch darum gehen muss, die Realkapitalisten davon zu überzeugen, dass sich ihre Interessen fundamental von den Interessen der Finanzkapitalisten unterscheiden.

S. S.: Da Unternehmen je nach den Rahmen- bzw. Anreizbedingungen ihren Profit durch Aktivitäten in der Realwirtschaft realisieren können oder durch Finanzinvestitionen, geht es weniger darum, Real- gegen Finanzkapitalisten auszuspielen als darum, eine realkapitalistische „Spielanordnung“ durchzusetzen. Denn wenn als Folge strikter Regulierung der Finanzmärkte Profit nur mehr durch Schaffung realer Werte erzielt werden kann (etwa im Rahmen eines „Green Deal“), verbessert dies die Performance des Gesamtsystems und damit auch die Lage der arbeitenden Menschen: Eine andauernd starke Realakkumulation erhöht die Beschäftigung und verbessert damit langfristig die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Gleichzeitig ermöglicht das kräftige Wirtschaftswachstum einen stetigen Ausbau des Sozialstaats, ohne dass die Staatsverschuldung steigt. Das beste Beispiel ist das „golden age of capitalism“ in der Nachkriegszeit, aber auch im „realkapitalistischen“ China zeigen sich ähnliche Tendenzen. Unter den heutigen Ausgangsbedingungen müsste sich freilich die Realakkumulation auf die ökologische Erneuerung des Kapitalstocks konzentrieren, bräuchte also eine Lenkung durch die Wirtschaftspolitik (etwa im Rahmen eines „Green Deal“).

Im Finanzkapitalismus verschlechtert sich hingegen die Performance des Gesamtsystems, es werden ja nicht reale Werte geschaffen, sondern monetäre Werte durch Spekulationen aller Art umverteilt.

Innerhalb der Kapitalisten werden im Finanzkapitalismus die Großkonzerne relativ zu den Klein- und Mittelunternehmen begünstigt. Denn ein transnationaler Konzern hat im Rahmen seiner Aktivitäten im Treasury-Bereich ganz andere Möglichkeiten in Finanzspekulationen einzusteigen als ein Klein- oder Mittelunternehmen. Letzteres kann sich zwar auch an Finanzspekulationen beteiligen, aber seine Chancen, dabei erfolgreich zu sein, sind ungleich geringer, weil derartige Geschäftsmodelle sehr hohe Investitionen voraussetzen. Die Erfahrung dieser Unternehmen, dass sie unter den finanzkapitalistischen Exzessen leiden, kann daher durchaus ein strategischer Ansatzpunkt für die Linke sein.

Eine soziale „Bändigung“ des Kapitalismus (wie in den 1950er und 1960er Jahren) und zusätzlich seine ökologische „Bändigung“ wie - hoffentlich - in den kommenden Jahrzehnten setzt zwingend eine realkapitalistische Spielanordnung voraus. Letzteres kommt auch darin zum Ausdruck, dass die - spekulationsbedingten - Schwankungen der Preise fossiler Energieträger sowie der CO₂-Zertifikate die Lenkungsfunktion sowohl von CO₂-Steuern als auch des Emissionshandels massiv beeinträchtigen. Eine konsequente Beschränkung von „Finanzalchemie“ aller Art (Keynes nannte dies die „Euthanasie der Rentiers“) ist freilich nur eine notwendige Bedingung für eine „Bändigung“ des Kapitalismus, aber keine hinreichende. Dazu bedarf es auch einer Steuerung durch eine aktive Sozial- und Umweltpolitik sowie kampfbereite Gewerkschaften.

spw: Ich möchte noch einmal zu Deiner These zurückkommen, dass die demokratische Linke nicht über eine Hegemoniefähigkeit in den grundsätzlichen ökonomischen Fragen verfügt. Ich denke, dass Du in diesem Punkt nicht ganz falsch liegst, aber so schlecht ist das linke Lager auf dem Feld der ökonomischen Theorie gar nicht aufge-

stellt. Wir haben große Ökonomen, insbesondere in den USA, die durchaus mit neuen Theorien aufwarten und sich gegenüber finanzkapitalistischen Exzessen deutlich kritisch verhalten. Ich meine damit Ökonomen wie Joseph Stiglitz, Paul Krugman, Dani Rodrik oder George Akerlof. Vergleichbare Ökonomen gibt es - wenn auch mit weniger Ausstrahlung - in Deutschland. In Europa haben wir Ökonomen wie Thomas Piketty oder Mariana Mazzucato. Hinzu kommt, dass wir mittlerweile jede Menge Erfahrungen mit neoliberaler Politik haben, deren Folge ja die Zerstörung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge ist. In Deutschland haben wir in den letzten Jahren eine sehr lebendige Debatte über die Rolle des Staates, z.B. im Bereich der öffentlichen Investitionen. Dabei geht es explizit um das Ziel, Anreize für privatwirtschaftliches Kapital zu setzen, um Kapital in realwirtschaftliche Kreisläufe einzuspeisen. Da bewegt sich doch was.

S. S.: Das ist eine andere Ebene als diejenige, die ich meine. Mir geht es um eine die Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Ganzen erklärende Theorie, wozu es eines theoretischen Rahmens bedarf. Das ist etwas Anderes, als wenn ich in Teilbereichen wie der Infrastrukturausstattung, an dem Kritik übe, was sich in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluss des Neoliberalismus getan hat. Letzteres bleibt auf der destruktiven Ebene, nämlich der Kritik an den Folgen der neoliberalen Theorie stehen. Ich plädiere aber für einen Frontalangriff auf die neoliberale Theorie als solche. Das einfachste Beispiel ist die Markttheorie und speziell die Theorie der Finanzmärkte. Finanzmärkte kommen nach allen Kriterien der neoliberalen Theorie eines optimalen Marktes ebenjenen Kriterien eines optimalen Marktes am nächsten, sowohl aufgrund der minimalen Transaktionskosten, des einfachen Marktzugangs, der Standardisierung der „Güter“ und der globalen Informationsverarbeitung. Ich kenne nur den Stiglitz, der in seinen Erklärungen nicht in die Richtung geht, dass auch die „freiesten“ Märkte systematisch falsche Preise signalisieren. Krugman hingegen glaubt weitgehend an den Marktmechanismus. Mazzucato hat sehr schöne Bei-

träge zur Innovationsökonomie geliefert, aber das ist keine Theorie, sondern ein Plädoyer für einen stärkeren Staat, um bestimmte Grundaufgaben besser bewältigen zu können. Es macht einen Unterschied, ob ich die Theorie der öffentlichen Güter in meiner Theorie an zentraler Stelle einbaue und aus dieser dann eine Vielzahl von Fehlentwicklungen ableite, oder ob ich unmittelbar an den Fehlentwicklungen ansetze. Die meisten der hier zur Rede stehenden linken Ökonomen beschäftigen sich mit den Anomalien des Marktmodells, von dem sie aber glauben, dass es im Prinzip stimmt. Das ist ein völlig anderer Ansatz als zu sagen, dass das Marktmodell im Prinzip nicht stimmt.

spw: Stiglitz sagt aber, die invisible hand ist vor allem deshalb unsichtbar, weil sie gar nicht existiert. Er argumentiert systematisch auf der Ebene von Marktversagen und für ihn ist Marktversagen keine Anomalie, sondern die Regel. Und er würde sagen, dass Finanzmarktkrisen in selbstverstärkende Krisenprozesse ableiten, weil es systemische Informationsasymmetrien auf Finanzmärkten gibt, und insofern das Gleichgewichtsmodell nicht funktionstauglich ist.

S. S.: Diese Erklärungsansätze bleiben aber trotzdem in einem - auch für mich - sehr wichtigen, aber destruktiven Werk verhaftet. Die Destruktion ist das eine, aber das andere ist die Entwicklung einer Alternative. So sehr ich Stiglitz schätze, er zeigt nicht, warum Finanzmärkte systematisch falsche Preise generieren. Mir geht es um etwas Anderes als zu begründen, warum es auf Finanzmärkten ein exzessives Überschießen gibt und es daher einer gewissen Regulatorik bedarf, um dieses Überschießen einzudämmen. Um es ganz konkret zu machen: ich behaupte, dass wir auf den Finanzmärkten generell den Fließhandel² verbieten oder durch elektronische Auktionen ersetzen müssen, weil der Fließhandel systematisch Kursschübe verursacht, die sich wiederum zu Bullen- und Bärenmärkten akkumulieren.

spw: Kann Du kurz andeuten, welche Rolle die Europäische Union dabei spielen könnte, einen Wechsel von der finanzkapitalistischen zur realkapitalistischen Spielanordnung einzuleiten?

S. S.: Das wichtigste Problemfeld, von dem **S**ein solcher Wechsel seinen Ausgang nehmen könnte, stellt der Klimawandel dar. Die natürliche Umwelt ist ein öffentliches Gut, deren Bewahrung in erster Linie Aufgabe des Staates bzw. der Politik ist. Der europäische „Green Deal“ ist daher seinem Wesen nach ein anti-neoliberales Projekt, mit dem die Politik gleichzeitig an jene spezifisch europäischen Werte anknüpfen kann, die sich in Jahrhunderten entwickelt haben, insbesondere im Vergleich zum US-amerikanischen Gesellschaftmodell. Dazu gehören der höhere Stellenwert von Kooperation im Vergleich zur Konkurrenz, von Solidarität im Vergleich zu „Jeder ist seines Glückes Schmied“, daher die größere Bedeutung von Verbänden und des Sozialstaats. Gleichzeitig ist allerdings in den vergangenen Jahrzehnten das Denken der Eliten in Europa in (noch) höherem Maß „neoliberalisiert“ worden als in den USA. Dieser Widerspruch kommt nicht nur in den EU-Fiskalregeln zum Ausdruck (sie beschränken den Handlungsspielraum des Staates erheblich), sondern auch im fast ungebrochenen Glauben an die Effizienz der Finanzmärkte. Daher setzt die europäische Politik in der Frage der Bepreisung von CO₂ auf den Emissionshandel als „Marktlösung“. Dabei wird übersehen: Schon längst haben die „Finanzalchemisten“ CO₂-Derivate als optimales Spekulationsvehikel entdeckt, nicht zuletzt deshalb, weil ihre Gesamtmenge fixiert ist (wie etwa jene des Bitcoins). Folge: Die enormen Schwankungen der CO₂-Peise machen es unmöglich, die Erwartung zu verankern, dass CO₂-Emissionen in der Zukunft stetig teurer werden. Eine solche Erwartung ist aber Grundlage für die Bereitschaft, konsequent in die CO₂-Vermeidung zu investieren.

Dieses Beispiel zeigt die Probleme des Übergangs von einer neoliberal-finanzkapitalistischen zu einer ökosozial-realkapitalistischen Spielanordnung. Letztlich bin ich aber deshalb optimistisch, weil die noch Jahrzehnte anhal-

² Fließhandel bedeutet, dass man permanent handeln kann, also via Algorithmen auch in Mikrosekunden

tende Erderwärmung einen immer größeren Problemlösungsdruck aufbauen wird.

Mit dem steigenden Bewusstsein der Bedeutung öffentlicher Güter (und des Beitrags des Neoliberalismus zu ihrer jahrzehntelangen Vernachlässigung) wird auch die Bereitschaft zunehmen, den zweiten großen Problembereich politisch zu bearbeiten: den Verlust des sozialen Zusammenhalts, insbesondere durch Zunahme der Ungleichheit auf allen Ebenen – von Einkommen und Vermögen bis zum Zugang zu guter Bildung und bezahlbaren Wohnungen.

spw: Auf der Zielstrecke unseres Gesprächs möchte ich noch einen wichtigen Aspekt der kapitalistischen Entwicklung ansprechen. Dabei geht es mir um die Digitalisierung der Ökonomie – im SPW-Kontext sprechen wir auch über den digitalen Kapitalismus. Damit ist gemeint, dass sich wesentliche Grundlagen der Ökonomie verändern, weil die Plattformökonomie mit ihren Netzwerkeffekten immer mehr an Bedeutung gewinnt. Wir haben mittlerweile große Herausforderungen durch die amerikanischen und chinesischen Tech-Konzerne und eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, inwieweit die EU in der Lage ist, auf diese Entwicklungen eine eigene Antwort zu finden.

S. S.: Es handelt sich unzweifelhaft um gigantische technologische Innovationen und es ist ganz entscheidend eine Frage der Rahmenbedingungen, unter denen die gleichen Innovationen für fortschrittliche Entwicklungen fruchtbar gemacht werden können, z.B. für eine vernünftige Bepreisung von CO₂. Auf digitaler Basis könnte sichergestellt werden, dass der CO₂-Preis stetig steigt, was ja ganz entscheidend für die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität ist. Wenn ich die Investitionen in dekarbonisierte Produktionsprozesse profitabel machen möchte, dann müssen bei den potenziellen Investoren die Erwartungen stabilisiert werden, dass die Emissionskosten stetig steigen. Mit einer CO₂-Steuer kann man dies aufgrund der hohen Volatilitäten der Weltmarktpreise für Rohstoffe alleine nicht erreichen. Auf der Basis

der Digitalisierung kann im Rahmen der EU gewährleistet werden, dass für Kohle, Erdgas und Erdöl ein Preispfad festgelegt wird. Die Differenz zu den Weltmarktpreisen kann dann durch eine flexible Mengensteuer abgeschöpft werden. Ein anderes Beispiel ist die Arbeitszeitverkürzung auf der Basis eines langfristigen Anstiegs der Produktivität. Die Umsetzung einer Arbeitszeitverkürzung, die den individuellen Zeitpräferenzen der Arbeitnehmer in einer komplexen Produktionswelt gerecht werden will, funktioniert aber nur durch die Nutzung digitaler Lösungen. Für mich stellt sich nicht zuletzt auch in Hinblick auf den Finanzkapitalismus die Frage: welche Form von Digitalisierung wollen wir? Ganz zentral ist in diesem Zusammenhang das Thema der Plattformökonomie, die in den verschiedenen Anwendungsbereichen immer mit Netzwerkeffekten verbunden ist, woraus sich systematisch ökonomische Vermachtungsprozesse ergeben. Wenn ein Unternehmen die kritische Größe erreicht hat, haben andere Wettbewerber keine Chance mehr – „the winner takes it all“. Wenn dem aber so ist, dann bedeutet es ja, dass die Silicon Valley-Konzerne das öffentliche Gut „Markt“ selbst privatisieren. Und weil dies ein prinzipielles Problem ist, sollte sich die EU langfristig öffentliche Monopolunternehmen erschaffen, so wie wir auch über öffentliche Eisenbahnunternehmen verfügen. Ich halte es prinzipiell für möglich, dass Europa ein eigenes Betriebssystem oder eine eigene Cloud entwickelt, um sich aus der Abhängigkeit der amerikanischen Tech-Konzerne herauszulösen. Das dauert sicherlich 20 bis 30 Jahre und dürfte mit großen Auseinandersetzungen verbunden sein. China hat ja - wenn auch unter anderen Vorzeichen - gezeigt, dass man eigene Lösungen entwickeln kann.

spw: Das ist ja das, was auf der europäischen Bühne mittlerweile unter dem Begriff der „digitalen Souveränität“ diskutiert wird.

S. S.: Ja, absolut. Mit einer gewissen Verspätung, aber es ist dort voll angekommen.

Vielen Dank. ■